

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
No 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: 100 Pfennig 40 Wochenlang. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennig. Bei Nicht-Anzeigenpreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 12 Pfennig, die Rückseite 8 Pfennig. Die Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Aboferung. Zahlbar innerhalb 3 Tagen. — Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 64.

Altensteig, Samstag den 15. März.

Jahrgang 1924

Hierzu das Schwarzwälder Sonntagsblatt.

Unsere Zeitung

bietet
in seiner täglichen Ausgabe in übersichtlicher
Weise das Neueste auf allen Gebieten,
in seinem Sonntagsblatt einen guten Lese-
stoff für die Familie.

Bezugspreis:
im Monat nur 1 M. 50 Pfg.
in der Woche 40 Pfg.

Sichern Sie sich unsere Zeitung für den Monat April!

In der Geschäftsstelle oder bei den Agenten und Aus-
trägern bestellt, kann der Bezug sofort beginnen!

Zur Lage.

Die Würfel in der innerdeutschen Politik sind gefallen! Der Reichstag wurde am Donnerstag nachmittag durch Verordnung des Reichspräsidenten auf Antrag der Regierung aufgelöst. Das Aufheben dieses Erbes gibt knapp und scharf die Gründe hierfür: „Nagaden: die Reichsregierung festgestellt hat, daß ihr Verlangen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen und von ihr als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen zurzeit unverändert fortbestehen zu lassen, nicht die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags findet, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.“ Reichkanzler Dr. Marx hatte zwar die nähere Begründung gegeben: Der ungehinderte und rechtzeitige Eingang der Steuern, auf denen der Bestand des Reiches gerade jetzt beruhe, sei nicht gewährleistet, wenn eine Abänderung der Verordnungen auch nur im Bereich der Möglichkeit liege. Die Parteien der Opposition würden aber über ihre Anträge sofort eine Entscheidung verlangen. Das lasse die Regierung nicht zu, darum rufe sie die Entscheidung des Volkes an.

Es war ein historischer Augenblick in der Geschichte des deutschen Volkes, als der erste normale Reichstag der deutschen Republik, der am 6. Juni 1920 gewählt war, zu Ende ging. Kein Sterben in Schönheit und Glanz, sondern ein Erlöschen ohne Kraft und Würde. So waren auch die Taten dieses Parlaments. Wichtigste außenpolitische Entscheidungen fielen in diese vierjährige Legislaturzeit. Riesengroße Aufgaben hatten Parlament und parlamentarische Regierungen zu bewältigen. Die ganze noch im Fluß befindliche Liquidation des verlorenen Weltkriegs fiel auf die Schultern dieser Volksvertretung und seiner Regierungen. Die ganze moralische und politische Bewältigung und Verwirrung der Zeit, die Folgen des Krieges und Umsturzes, lasteten wie ein Verhängnis auf dieser Volksvertretung. Daher die andauernden Parteikämpfe im Plenum des Reichstags, die ewigen Regierungskrisen und die Uneinigkeit in nationalen Fragen. Und doch wäre es falsch, dem Parlament allein die Schuld zuzuschreiben. War es doch nur ein Spiegelbild der kranken, zerrissenen deutschen Volkseele! Die drohenden inneren Gefahren des Jahres 1923 mit Zerrüttung unseres ganzen Finanz- und Wirtschaftswesens und innerpolitischer Aufregung hat nicht der Reichstag, sondern eine Minderheitsregierung beseitigt. So bleibt als Gesamtresultat, daß dieser Reichstag bei allen Vorfällen und aller Viefrederei doch auch praktische Arbeit geleistet hat auf dem Wege der Erhaltung der deutschen Einheit und der Gesundung unserer Verhältnisse. Wenn auch am Ende dieses Zeitabschnitts der völlige Bankrott Deutschlands und die Verarmung weitester Kreise des deutschen Volkes steht, sie waren nach den Schlussfolgerungen des Versailler Friedensvertrags nicht zu verhindern und nur eine krankhafte deutsche Volkseele konnte sich beim Umsturz in den Novembertagen 1918 darüber hinwegtäuschen lassen durch Schlagworte von Freiheit und glücklicher Zukunft. Die Entwicklung der letzten Monate hat gezeigt, daß nur ein Ausbau auf Armut, Einsamkeit und nationaler Selbstbestimmung möglich ist. Ein Menschenalter und mehr wird dahingehen, wenn nicht ab-

zuehende weltpolitische Ereignisse eintreten, bis wir uns wieder herausgearbeitet haben zu einigem Wohlstand und höherer Weltgeltung. Voraussetzung dafür aber bleibt die innere Gesundung des deutschen Volkes, jene nationale und politische Wiedergeburt und sittliche Erneuerung, die aus der deutschen Geschichte nach so mancherlei Niederlagen immer wieder den guten Kern im deutschen Volk hat in Erscheinung treten lassen.

Der sterbende Reichstag hat noch dem Gesetz über die Errichtung einer deutschen Goldkreditbank zugestimmt gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten. Diese Einrichtung dient der Schaffung von Betriebskapital für unseren ausländischen Handel, der schwer unter der Knappheit von Zahlungsmitteln leidet. Das Kapital der neuen Bank beträgt 200 Millionen Goldmark und wird je zur Hälfte durch ein englisches Bankkonsortium und deutsche Finanzkreise aufgebracht. Die Bank untersteht der Aufsicht der Reichsbank und hat das Recht, Noten auszugeben, die auf englische Pfundwährung lauten. Dadurch soll die Wirtschaft eine stabile Währung gegenüber dem Ausland erhalten. Die eigentliche Goldnotenbank, die dann die Rückkehr zur Goldwährung in Deutschland bringen soll, ist der nächste Abschnitt, der zur Zeit von der Sachverständigenkommission in Paris beraten wird. Damit hängt jedoch die Frage einer internationalen Anleihe und die der Bürgschaft der Reichsbahn, sowie der überaus schwere Fragenkomplex der Reparationsleistungen zusammen. Nachdem aber die Sachverständigen ihre Arbeiten soweit gefördert haben, daß noch in diesem Monat ihr Schlußbericht zu erwarten ist, wird gerade die reichstagslose Zeit schwerwiegende Entscheidungen bringen.

Der Hitlerprozeß in München wirft seine Weiten in das deutsche Volk. Die drei Hauptzeugen Kahr, Löffow und Seißer sind in dieser dritten Prozesstunde vernommen worden. Die Beweisführung ist so gut wie beendet. Ein Szenenwechsel mit starkem innerem Hintergrund hat sich vollzogen. Nach dem Verhör der 10 Angeklagten, das in Wirklichkeit das bayerische Triumvirat Kahr, Löffow und Seißer mit auf die Anklagebank zog und zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen diese führte, wirkte die Vernehmung der drei Kronzeugen nicht entlastend. Die Angeklagten sind des Hochverrats geschuldig, die drei Zeugen bestätigen ihn. Aber aus den Aussagen der letzteren klingt die innere Unwahrscheinlichkeit durch. An ihrer Mitschuld ist kein Zweifel, mögen sich Kahr, Löffow und Seißer noch so temperamentvoll zu rechtfertigen suchen und den Gedanken, daß sie sich bei ihrem Handeln nur von der Treue zum Staat, der Liebe zum Vaterland und der Gebundenheit an die Verfassung leiten ließen, in den Vordergrund stellen. Kahr verschonte sich in entscheidenden Punkten hinter das Amtsgeheimnis, auf das sich Nichtsheimlichkeiten. Und Seißer hat monatelang mit den Angeklagten zusammengearbeitet und auch der meuternde General Löffow hat sich in den Dienst der Idee gestellt, in Berlin ein nationales Direktorium, einen Sturz der Reichsregierung, zu schaffen. Das ganze bayerische politische System, das in den letzten Jahren der Reichsregierung die größten Schwierigkeiten bereitet, ist an den Pranger gestellt. Die Reichsverfassung wurde dort für null und nichtig erachtet. Der von der bayerischen Regierung eingesetzte Generalkommissar Kahr hat die verfassungsmäßige Justizhoheit des Reiches verschlagen, die bayerische Regierung hat gebuhlet, daß ein General sich gegen die Reichsgewalt stellte, die bayerische Reichswehr auf Bayern verpflichtet wurde, daß die drei verantwortlichen Männer mit Verbänden und Personen in Norddeutschland verhandelten über Bildung eines Reichsdirektoriums und dazu bayerische Truppenhilfe in Aussicht stellten. Was daneben an tausenderlei Kleinigkeiten weiter zu Tage kam, spielte keine Rolle. Der „anormale Weg“ Kahrs, der in den heillosigen Köpfen der Angeklagten zu einem „Rajich nach Berlin“ wurde, war nicht nur von ihnen, sondern auch von Kahr, Löffow und Seißer in Aussicht genommen. „Todeser Hochverrat“ ist zweifellos der richtige Ausdruck. Auf die drei, die bayerische Regierung Dr. Kulling sowie die Bayerische Volkspartei (Zentrum) als die verantwortliche Mehrheitspartei im bayerischen Landtag fällt jedoch die moralische Schuld die Hauptverantwortung, daß es in Bayern zu verfassungswidrigen Zuständen und zu jenem Hitlerputsch des 8. Nov. 1923 kam. Der Berra an Reich und Verfassung, der in Bayern seit Oktober 1918 von den Brand-

wortlichen getrieben wurde und in der Hillebewegung durch gewalttätige Entladung in Erscheinung trat, wird gerichtet. Es bleibt eine innere Unwahrscheinlichkeit, daß man nur durch „Druck“, aber ohne Verfassungsbruch eine Veränderung der Zustände im Reich herbeiführen wollte. Der Hitler als „den großen Trommler“ benützt, wie es Kahr, Löffow und Seißer taten, ist auch für die politischen Dummheiten, die dieser macht, verantwortlich. Darum haben diese Männer auch den Novemberputsch mit staatsmännischer Gewandtheit abgebrannt und niedergeschlagen. Aus der Stellungnahme des Vorsitzenden, der am Donnerstag erklärte: „Ob es Kahr-Löffow-Seißer ernst war mit dem Staatsstreich oder nicht, ist gleichgültig; daß aber die Angeklagten geglaubt haben, es sei den Dreien ernst, das genügt und das räumt ihnen der Gerichtshof auch ein“ — mag man schließen, daß das Urteil dieses Prozesses nicht allzu schroff ausfallen wird.

Die Steuerdebatte im französischen Senat.

Paris, 14. März. Im Senat brachte Derenger seinen Bericht über die Regierungsprojekte ein. Er verurteilte dabei den Feldzug, der gegen die Finanzkommission des Senats von verschiedenen Seiten unternommen wurde. Die gegenwärtige Regierung habe es sich angelegen sein lassen, die deutschen Zahlungen durch die Befegung der wirtschaftlichen Hauptschätze Deutschlands zu erlangen. Das war ein erster Schritt. Leider gipfelte das Ergebnis darin, daß dem französischen Volk neue Steuern auferlegt wurden. Deutschland muß Frankreich 2 Milliarden Goldmark jährlich bezahlen. Auf jeden Fall müsse der deutsche Steuerzahler eines Tages an die Stelle des französischen treten, um die Zahlung der 6 Milliarden neuer Steuern zu übernehmen.

Hierauf ergriff Poincaré das Wort. Das Ausland habe eine Offensive gegen die französische Währung in dem Augenblick unternommen, wo das Ergebnis der Sachverständigen-Arbeiten nicht allzu günstig für Frankreich erschien. Auf die französische Regierung sollte ein wirtschaftlicher Druck ausgeübt werden, um sie zur Räumung des Ruhrgebietes zu veranlassen. Am 4. Dez. so fuhr Poincaré unter allgemeiner Spannung fort, habe eine Versammlung von Vertretern der größten deutschen Banken in Berlin im Hotel Adlon vom deutschen Außenminister Anweisung erhalten, überall und namentlich in Frankreich pessimistische Gerüchte zu verbreiten, um auf diese Weise eine Revision des Versailler Vertrages zu erzielen. Die Regierung sei daher genötigt worden, entsprechende Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Die Schlacht könne aber nur zu Ende geführt werden, wenn dem Gegner die Möglichkeit genommen sei, den Haushalt Frankreichs zu bemängeln. Für das Jahr 1923 ergebe sich ein Ueberschuß von 657 Millionen. Die Gesamteinnahmen aus der Währungsreform für 1924 würden vier Milliarden Papierfranken ergeben, die Ausgaben aber nur eine Milliarde, so daß also annähernd drei Milliarden übrig blieben. Frankreich denke nicht daran, die „produktiven Pfänder“, die es wegen des Versagens Deutschlands habe in Besitz nehmen müssen, gegen weniger einträgliche Pfänder auszutauschen. Wir handeln, sagte Poincaré, für Rechnung aller Verbündeten und wir verlangen für uns nur 52 Prozent Anteil. Unsere Beziehungen zu unseren Verbündeten sind ausgezeichnet, und nicht in der internationalen Lage rechtfertigt die Frankenkriege. Die Spekulationen gegen den Franken werden bald ihre Verluste ausrechnen müssen. Frankreich wird noch einmal zeigen, daß es solcher Opfer fähig ist, um nach einem Krieg, für den es nicht verantwortlich ist, seine Stellung in der Welt wieder einzunehmen.

Der Münchner Hochverratsprozeß.

Zusammenstoß zwischen Löffow und Hitler.

München, 14. März.

Am Freitag wurde in das Kreuzverhör des Zeugen General v. Löffow eingetreten, der erklärt, es sei viel davon geredet worden, daß in abschließlicher Sitzung der Beweis erbracht worden sei, daß die Befehle für den Vormarsch nach Berlin tatsächlich gegeben wurden. Für ihn wäre es erheblich leichter, wenn alles hier in der Öffentlichkeit hätte verhandelt werden können. Rechtsanwalt Holl behauptete, daß der Zeuge am 9. November in der Infanteriekaserne zu ihm und zwei weiteren Herren gesagt habe: Wir wollten ja den Staatsstreich, lediglich über den Zeitpunkt des Ausschlagens waren wir nicht einig. Der Zeuge erwiderte: „Ich mache keinen Putsch, ich mache aber jeden Schritt mit, der zum Erfolg führt, selbst wenn dieser Erfolg nur auf dem Wege eines Staatsstreichs möglich ist.“ Der „Druck“ sei folgendermaßen gedacht gewesen: Die nationalen Parteien hätten zwar in die-

ser Richtung gewirkt. Die vaterländischen Verbände, dann die Faktoren, welche die Ernährung Deutschlands, besonders der größeren Städte sicherzustellen haben. Im Norden hatte ja der Bund der Landwirte schon eine andere Regierung verlangt. Die damaligen täglichen Lebensmittelkrawalle hätte man nur mit den Weisheiten niederhalten können. Es wäre nun möglich gewesen, daß der Chef der Heeresleitung und die Chefs der Wehrkreiskommandos eines Tages erklärt hätten, unsere Soldaten sind nicht dazu da, dauernd auf die hungernde Bevölkerung zu schießen, bios deshalb, weil man nicht imstande ist, eine Regierung zu bilden, die die Dinge ändert. Wir lehnen für alles weitere die Verantwortung ab. Das sei der Druck, den die Träger der Wehrmacht hätten ausüben können. Im Sinne dieses Drucks habe er das Wort „Staatsstreich“ gebraucht.

Auf die Frage, was das Direktorium getan hätte, wenn der Reichspräsident auf den sogenannten Druck erklärt hätte, ich mag nun einmal nicht, erwiderte der Zeuge, das habe vielleicht der Reichspräsident schon getan, und insollgedessen sei das gekommen, was wir in den letzten Monaten erlebten, nämlich ein Ausnahmezustand Geßler und dann ein Ausnahmezustand Seckel. Diese Lösung sei nach seiner Ansicht die schlechtere. Für den Fall, daß die Einsicht an den leitenden Stellen nicht vorhanden gewesen wäre, daß etwas Neues und Durchgreifendes geschaffen werden müsse, sollte der Druck so stark werden, daß diese Einsicht erzwungen worden wäre. Auf die Frage, ob Kahr in das Berliner Direktorium eintreten sollte, antwortete der Zeuge, er habe eine diesbezügliche Frage als Unsinn erklärt. Der darüber befragte General Ludendorff erklärte, Major Vogts hat mir nur gesagt, daß Kahr und Vossow nun doch bereit seien, in Deutschlands Geschicke einzugreifen. Er hat nicht gesagt, daß Kahr an leitender Stelle in ein Reichsdirektorium eintreten solle. (Bewegung.)

Auf die Frage des Justizrats Kohl, ob es Vossow bekannt sei, daß die Inpflichtnahme der bayerischen Reichswehr bei den norddeutschen Herren als Flammenzeichen gedeutet wurde, erwiderte der Zeuge, er könne nicht für allen Irrsinn der Welt verantwortlich gemacht werden. Zwischen dem Zeugen Vossow und dem Justizrat Kohl, welcher letzterer ruft: „Ich bin nicht Ihr Rekrut, ich bin der Rechtsanwalt Kohl, ich bin auch Offizier!“ kommt es dann zu einem Zusammenstoß, weil der Zeuge mehrere Fragen ablehnt. Justizrat Schramm protestierte namens der Verteidigung dagegen, in welcher Weise der Zeuge Vossow sachliche Fragen der Verteidigung beantwortete. Der Zeuge scheine die Absicht zu haben, die Verteidigung zu verhöhnen, das lasse man sich nicht gefallen. Rechtsanwalt Göb bemerkte, ein Zeuge habe davon gesprochen, daß zwei Generale nicht in Pflicht genommen wurden, worauf Vossow mit erhobener Stimme ausrief: Dann hat dieser Zeuge einen Meineid geleistet! Auf eine Frage Hitlers, wer die Väter des Gedankens eines Direktoriums gewesen seien, lehnte Vossow die Antwort ab, da er nur in vertraulicher Weise davon Kenntnis habe. Hitler erwiderte in scharfem Tone: Wir sind verpflichtet, die vertraulichsten Angelegenheiten auszusagen, die zu uns gesprochen worden sind. Vorsitzender: Herr Hitler, vielleicht möchten Sie Ihre Stimme etwas. Rechtsanwalt Hemmeter ersucht den Vorsitzenden um eine kurze Pause, damit sich die Verteidigung über die Art des Auftretens des Zeugen besprechen könne, der auf und ab laufe und schreie wie im Kafertenhof.

Eine Bemerkung des Rechtsanwalts Holl, daß vielleicht die drei Herren selbst die Väter des Gedankens eines Direktoriums sind, veranlaßt den Vorsitzenden zu der Bemerkung: und wenn, dann hat dies mit unserem Prozeß gar nichts zu tun. Es ist für die Entscheidung der Schuldfrage ganz gleichgültig, ob der eine oder andere der Herren auch mitgetan hätte oder nicht.

Das Gericht verkündete, daß die von Hitler gestellte Frage nicht zugelassen werde. Die Gesamtverteidigung erklärte, sie habe darüber beraten, auf welche Weise sie gegen den Ton des Zeugen Vossow Bewahrung einlegen solle. Der Vorsitzende eruchte den Zeugen zur Vermeidung von Reibungen den Ton seiner Darlegungen zu mäßigen und auch Hitler, seinen Stimmauswand zu dämpfen. Hitler erklärte mit nachdrücklicher Betonung, daß es niemals zum 9. November gekommen wäre, wenn nicht infolge der vorhergegangenen Ereignisse das Instrument geschaffen worden wäre, und dieses Instrument sei das Produkt der hochverräterischen Tätigkeit von Kahr, Vossow und Seiffers.

Es folgt dann ein ausgedehntes Frage- und Antwortspiel darüber, wie die ehrenwörtlichen Erklärungen Hitlers gelaufen sind und wem sie abgegeben wurden. Der Zeuge Vossow bleibt dabei, daß er die Forderung von Hitler hatte und daß sich diese Forderung nicht auf Personen, sondern auf die Sache bezogen habe. General von Vossow bestätigt, daß Seiffers gleich zu Anfang den Vorwurf vom gebrochenen Wort gemacht und Hitler darauf gesagt hat: „Verzeihen Sie mir, das war im Interesse des Vaterlandes.“ Wenn Hitler auch noch so oft sagt, daß es unwahr sein soll, so bleibt es doch so. Hitler: War es nun der sentimentale Hitler oder war es der brutale Hitler, der um Verzeihung gebeten hatte? Vossow: Das war der Hitler mit dem schlechten Gewissen. (Lebhafte Bewegung im Saale.) Hitler schreit dem General Vossow in höchster Erregung zu: Das schlechte Gewissen habe nicht ich, sondern jene Herren, die am 1. Mai ihr Ehrenwort gebrochen haben. General v. Vossow machte eine Verbeugung gegen den Richterisch und wendet sich der Saalfläche zu. Der Vorsitzende rügt den aggressiven Ton der letzten Äußerung Hitlers und bezeichnete seine Ausführungen als „ganz grobe Ungehörigkeit“. Hitler erklärte, seine Ausführungen seien nur die Antwort gewesen auf das, was der Zeuge gesagt habe, im übrigen nahm er die Rüge entgegen. Inzwischen öffnete General von Vossow die Ausgangstüre und verließ den Sitzungssaal. Der Vorsitzende teilte hierauf mit, daß eine Unterbrechung der Verhandlungen bis 3 Uhr nachmittags eintritt.

In der Freitag Nachmittagsitzung erklärte der Zeuge, es habe in Erwägung gezogen, ob gegen den Angeklagten Hitler nicht eine Strafe auszusprechen sei, wegen seiner heutigen Ausfälle gegen den Zeugen von Vossow. Aber, nachdem Hitler sich ohnedies in Haft befinde, wäre eine solche Strafe von nur geringem Werte. Rechtsanwalt Kober bemerkte: Zwischen dem Hitler, der hier steht und mit jeder Faser seines Herzens für seine Ehre kämpft und dem Zeugen, der heute vormittag in volternder ungeschlächter und herausfordernder Weise mit dröhnender Stimme den Saal erfüllte, bestehe doch ein Unterschied. Der Zeuge habe nicht nur den Angeklagten, sondern auch die Verteidigung in schwerster Weise beschimpft. Hitler habe nicht aus der Luft gegriffen, daß der Zeuge sein Ehrenwort gebrochen habe, sondern daß hierüber tatsächlich Grundlagen bestehen, sei auch vom Gericht anerkannt. Er werde ein Beweisangebot übergeben.

Justizrat Schramm verlas namens der Verteidigung 23 Beweisangebote. Durch sie soll nachgewiesen werden, daß Professor Bauer in Anwesenheit Kahr's den Vorkampf nach Berlin propagandiert habe, daß Kahr mehrere Zeugen gegenüber erklärte, zum Marsch nach Berlin bereit zu sein, daß Oberst von Seiffers in einer Polizeibeamtenversammlung ankündigte, die Reichsregierung werde abgesetzt und zum Zwecke des Vormarsches gegen den Norden unsere Landespolizeitruppen bereit gestellt, ferner, daß v. Kahr nach der Rede Hitlers im Bürgerbräuhaus diesem ostentativ beide Hände ergreifen habe, daß Vossow im Nebenzimmer zu Ludendorff in bestimmter Form geäußert habe, daß er zum Reichspolizeiminister ernannt sei usw. Die Verteidiger Gabemann, Lütgebrunn und Seiffers übergaben dem Gericht gleichfalls sehr umfangreiche Beweisangebote, worauf der Staatsanwalt erklärte, die Staatsanwaltschaft müsse bei diesem umfangreichen Beweismaterial der Verteidiger auch auf ihren Zeugen bestehen.

Hierauf wurde in das Kreuzgehör des Obersten v. Seiffers eingetreten, nachdem der Vorsitzende bemerkt hatte, daß der Zeuge Vossow nicht da sei und das Gericht entscheiden werde, ob er nochmals vernommen werden soll. Justizrat Schramm bezeichnete die Entzerrung Vossow's als eine Verstärkung der gesamten Verteidigung und eine große Unfreundlichkeit gegenüber dem Gericht. Wenn Vossow nicht freiwillig erscheine, solle das Gericht ihn notwendigerweise vorführen lassen. (Bewegung im Saale und Bravorufe.) Der Vorsitzende verlangt, daß sich der Bravorufer melde. Es meldet sich ein Student, der auf Verlangen des Vorsitzenden sofort den Saal verläßt.

Neues vom Tage.

Reichszankler Marx über die Auflösung.

Berlin, 14. März. Reichszankler Marx empfing die Vertreter der deutschen und ausländischen Presse, um die Gründe darzulegen, die die Reichsregierung zur Auflösung des Reichstages bewegen haben. Er führte etwa folgendes aus: Die Auflösung des Reichstages ist deshalb von der Regierung vorgenommen worden, weil die Reichsregierung es nicht zugeben kann, daß das mühsam zustande gekommene Werk der Gesandung, das durch die Notverordnungen dargestellt wird, gefährdet oder erschüttert wird. Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß wir in den kommenden Wochen und Monaten gerade im Hinblick auf die auswärtige Politik einen arbeitsfähigen Reichstag sehr nötig haben werden. Insbesondere werden die Gutachten der Sachverständigen-Kommissionen, die sicher nicht so günstig sind, wie wir es gewünscht haben, ein Eingreifen der Gesetzgebung notwendig machen. So wie die Dinge in der letzten Zeit lagen, war an ein ersprießliches Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Reichstag nicht mehr zu denken. Es hat zwar keine besondere Zuführung der Lage gegeben. Es war aber seit Wochen für jeden Beobachter der politisch-parlamentarischen Verhältnisse klar, daß die Auflösung der einzige Ausweg blieb. Es ist falsch, zu glauben, daß die Regierungen die Anregungen, die in den Anträgen der Oppositionsparteien liegen, nicht zu berücksichtigen und völlig zu ignorieren gewillt sei. Verbesserungen der Verordnungen werden vorgenommen werden, sobald die wirtschaftliche Lage gesichert ist. Daß die auf äußerste Sparfamkeit bedachte, auf Vermeidung einer neuen Inflation gerichtete Politik der Reichsregierung richtig gewesen ist, zeigen die allenthalben undenkbar zutage tretenden starken Anzeichen einer Gesundung unserer Wirtschaft. Der Reichszankler schloß mit einem Appell an die Presse, die jetzt ganz besonders schwierige Aufgaben dem deutschen Volk gegenüber zu erfüllen habe. Er forderte sie auf, dafür zu sorgen, daß der Wahlkampf von allen Seiten so geführt werde, daß nicht noch eine weitere Verklüftung des deutschen Volkes herbeigeführt würde.

Reichstag und Reichstag.

Berlin, 14. März. Die Stellungnahme des Reichstages zu der vom Reichstag beschlossenen Einschränkung der Wahlversammlungen während der Osterzeit ist dahin ausgelegt worden, als habe der Reichstag den Reichstagsbeschlüssen seine Zustimmung verweigert und damit das Gesetz zum Scheitern gebracht. Dies ist nicht zutreffend. Der Beschluß des Reichstages ist nur mit einfacher Mehrheit gefaßt worden. Da es sich um ein verfassungsänderndes Gesetz handelt, wäre Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen. Mangels Erfüllung dieser Voraussetzung liegt ein gültiger Gesetzbeschuß des Reichstages überhaupt nicht vor und für den Reichstag entfiel daher die Möglichkeit, zu den Beschlüssen des Reichstages Stellung zu nehmen.

Eine falsche Behauptung Poincares.

Berlin, 14. März. Die Behauptung des französischen Ministerpräsidenten, daß am 4. März eine Versammlung von Vertretern deutscher Banken im Hotel Adlon stattgefunden hat und genaue Instruktionen vom Auswärtigen Amt erhalten habe, widerstreicht, wie amtlich mitgeteilt wird, den Tatsachen.

Beginn des Zeigner-Prozesses.

Leipzig, 14. März. In Leipzig begann am Freitag der Prozeß gegen den ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner und Genossen. Zu Beginn der Verhandlung erklärten die Verteidiger, daß sie den Vorsitzenden, den Verhandlungsleiter, sowie zwei Landesgerichtsräte ablehnen müßten, da die Herren politisch rechts gerichtet seien. Der Oberstaatsanwalt erkannte diese Gründe nicht für stichhaltig an, da die Anklagepunkte mit der Politik nichts zu tun haben.

Von den Sachverständigen-Ausschüssen.

Paris, 14. März. Dr. Schacht ist am Donnerstag nachmittag erneut vor dem Währungsausschuß erschienen. Der mit der Abfassung des schriftlichen Berichtes der Sachverständigen beauftragte Redaktionsausschuß ist am Freitag zusammengesetzt. Die Abfassung dieses Berichtes ist schon sehr weit fortgeschritten.

Englische Hoffnung auf den Völkerbund.

London, 14. März. Churchill erklärte in einer Unterredung, daß er durch und durch ein Förderer des Völkerbundes sei. Er setzte sich für eine schnelle Zulassung Deutschlands in den Völkerbund ein und sagte weiter: Ich glaube, daß wenn Deutschland einmal Mitglied des Völkerbundes ist, es nicht schwierig sein wird, die Sicherheitsfrage entweder durch Neutralisierung eines Gebietsstreifens längs der deutsch-französischen Grenze oder auf irgendeine andere vernünftige Art und Weise zu regeln, die sowohl England, als auch Deutschland, Frankreich und Belgien zuzugute wäre.

Zeichnungen für die Golddiskontbank.

Berlin, 14. März. Wie die „Voss. Stg.“ mitteilt, liesen bei der Reichsbank die Beitrittserklärungen sowohl der Berliner Banken als auch der großen Banken der Provinz zur Bürgschaftsumme für die Aktien der Golddiskontbank in solchem Umfange ein, daß die Unterbringung der einen Hälfte der Golddiskontbankaktien, für die die deutsche Bankwelt in Betracht kommt, gesichert ist.

Ein Beschluß des pfälzischen Kreisrates.

Berlin, 14. März. Wie aus Speyer gemeldet wird, hat der Kreisrat der Pfalz einstimmig beschlossen, seine Vermittlerstätigkeit zwischen der pfälzischen Bevölkerung und der pfälzischen Kreisregierung einerseits und der Rheinlandkommission andererseits, die er auf Grund des Speyerer Abkommens vom 16. Februar vorübergehend übernommen hat, als beendet anzusehen und sein Mandat der verbändlerischen Sonderkommission für die Pfalz zurückzugeben.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 15. März 1924.

Bezirksratsitzung am 11. März 1924 in Nagold.

In staatlichen Angelegenheiten mußte ein Besuch um Neuerteilung der Genehmigung zum Wirtschaftsbetrieb in Wildberg abgelehnt werden, weil die Bedürfnisfrage zu verneinen war. Infolge der veränderten Verhältnisse vertritt der Bezirksrat die Ansicht, daß eine Einschränkung des Kraftwagenverkehrs an Sonntagen sich nicht mehr rechtfertigen lasse. Seine diesbezügliche Stellungnahme soll der antragenden Stelle mitgeteilt werden. Zu der angeregten Einschränkung der Impfbezirke aus Erparnisgründen schließt sich der Bezirksrat der Neufassung des Oberamtsrates an, wonach die Einteilung dieser Bezirke bisher schon so durchgeführt war, daß eine Erparnis durch eventuelle Neuerteilung nicht in Frage kommen kann. Amtskörperchaftliche Angelegenheiten. Auf Antrag des Sparfassenleiters wurde die Sparfassenfassung in Anpassung an die veränderten Verhältnisse in verschiedenen Punkten geändert und der Zinsfuß im Sparfassenverfahre entsprechend erhöht. Die Schaukasten im Sparfassengebäude sollen infolge eines Beschlusses für Reklamezwecke vermietet werden. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete das nach Herrenberg gerichtete Gesuch der Gemeinde Sulz um Zuteilung zum Oberamt Herrenberg. Der zu einer Aussprache eingeladenen Ortsvorsteher und der Gemeinderat von Sulz sind nicht erschienen. Zunächst gibt der Vorsitzende den Aktinhalt bekannt. Nach Prüfung der einschlägigen Verhältnisse liegen stichhaltige Gründe für den Antrag der Gemeinde Sulz nicht vor. Abgabebiet für die landw. Erzeugnisse von Sulz ist zweifellos das Nagoldtal. Die Steuerfrage, welche die Hauptrolle zu dem Vorgehen des Gemeinderats Sulz spielen soll, kann jedenfalls auf eine einfachere Art als durch eine Votrennung vom Bezirk Nagold gelöst werden. Wie vom Vertreter der Landwirtschaft im Bezirksrat hervorgehoben wurde, ist durch einen landw. Sachverständigen festgestellt worden, daß allerdings der Bezirk Nagold bezüglich seiner landw. Grundstücke um eine Stufe zu hoch zur Steuer veranlagt sei gegenüber angrenzenden Bezirken und es seien von dieser Seite aus Bestrebungen zur Schaffung eines Ausgleichs im Gange. Ein steuerliches Unrecht kann der Bezirksrat nicht als Grund zur Aufteilung anerkennen, da sich ein solches übrigens auf andere Weise ausmergen läßt. Im Bezirksrat geht die einstimmige Auffassung dahin, daß die bisherige Einschätzung der Ertragswerte in den verschiedenen Klassen, besonders in der Landwirtschaft zu hoch sei und es soll eine Änderung angestrebt werden. Es ist auch zuzugeben, daß die Sulzer die Ordnung ihrer steuerlichen Angelegenheiten mit dem Finanzamt Altensteig etwas schwierig ist, was jedoch nur die derzeitigen ungünstigen Verkehrsverhältnisse, die übrigens demnächst wieder besser werden, mit sich bringen. Jedenfalls hält es der Bezirksrat für illoyal, wenn die Gemeindeverwaltung von Sulz ohne Mitwissen des Bez.-Rats einen derartigen Schritt unternimmt und verwahrt sich entschieden dagegen, daß aus persönlichen Gründen eine derartige Aktion ins Leben gerufen wird. Er erhebt an zuständiger Stelle schärfsten Protest gegen

die Loslösungsbestrebungen von Sulz. Das dienstälteste Bez.-Ratsmitglied, Stadtschultheiß Weller von Altensteig, feiert dieser Tage sein 40jähriges Dienstjubiläum. Mit herzlichsten Worten beglückwünscht der Vorsitzende den Jubilar zu diesem seltenen Feste und bezeichnet es als schön, wenn die vielen Jahre in ein und derselben Gemeinde verbracht worden seien und man sich noch in so erfreulicher, geistiger und körperlicher Frische befinde wie der Jubilar. Er gedenkt dabei der großen Verdienste und der Wertschätzung, der sich Herr Stadtschultheiß Weller erfreuen dürfe. Dies kam auch in den Glückwunschschriften des Min. des Innern und der Kreisregierung, welche verlesen wurden, gebührend zum Ausdruck. Stadtschultheiß Maier bringt die Wünsche der Ortsvorstehervereinerung usw. dar und hebt hervor, wie das Wirken des Kollegen Weller nicht nur für den Bezirk, sondern für das ganze Land vorbildlich sei. Bei dem zu Ehren des Jubilars anschließend an die Sitzung stattgefundenen Festessen in der Post, wurde er noch von verschiedenen Rednern in feierlicher Weise gefeiert. In der ihm eigenen schlichten Art dankte der Gefeierte für die ihm gewordene Ehrung.

Calw, 14. März. Die Erweiterung des Elektrizitätswerkes ist nun endgültig beschlossen worden. Maßgebend war für den Gemeinderat, das Elektrizitätswerk sollte selbständig bleiben und eine besondere Reserve erhalten. Da ein größerer Strombezug vom Gemeindeverband Teinach die Aufstellung eines Gleichrichters mit einer Auslage von 32000 Mark verursacht hätte, ein kompressionsloser Dieselmotor mit Dynamomaschine sich aber nur um 22000 Mark höher stellt und der Ausbau der Illerwasserträfte voraussichtlich erst in einigen Jahren fühlbar wird, so beschloß der Gemeinderat bestärkt durch ein Gutachten von Prof. Maier an der technischen Hochschule die Anschaffung eines Deutzer Dieselmotors; die Maschinenfabrik Eplingen liefert die Dynamomaschine um 8000 Mark. Angebote waren viele vorhanden und es machte sich eine starke Konkurrenz der angesehensten Firmen bemerkbar. — Eine Pforzheimer Alpaccafabrik will sich in Hirzau ansiedeln und sucht um Erweiterung des Gasleitungsnetzes in Hirzau nach. Der Gemeinderat genehmigt das Gesuch unter der Bedingung, daß der Gesuchsteller die Hälfte der Unkosten trägt und sich für eine monatl. Gasabnahme von mindestens 300 cbm auf 5 Jahre verpflichtet. — Für die Notstandsarbeiter wird ein neuer Arbeitsdienst durch die Erweiterung des Teuchelwegs geschaffen.

Freudenstadt, 13. März. (Häuserverkauf.) Die Stadt erzielte bei der öffentlichen Versteigerung des städt. Waldinspektionsgebäudes ein Höchstgebot von 46 500 Mark und zwar von Reuther (Feisurgergeschäft) und Karl Herrmann (Schuhgeschäft). Da das Gebäude so nicht abgegeben wird, erhöhten die Steigerer ihr Angebot auf 50 000 Mark, zu welchem Preis das Haus abgegeben wird. — Für ein einzelnes städt. Haus an der Falkenstr. wurde von Dairber jr. ein Höchstgebot von 16 000 Mark abgegeben. Der Kaufabschluß fand ebenfalls die Genehmigung des G.-Rats.

Stuttgart, 14. März. (Aus dem Finanzausschuß.) Der Finanzausschuß des Landtags behandelte den Gesuchentwurf über weitere Leistungen des württ. Staats für die Redar-A.-G., d. h. Bürgschaft des württ. Staats bis zum Höchstbetrag von 5 Millionen Goldmark in Gemeinschaft mit dem Reich, Baden und Hessen, ferner um die Gewährung eines Darlehens an die Redar-A.-G. bis zum Betrag von 1 220 000 Goldmark. Minister Holz und Strombauinspektor Konz gaben interessante Mitteilungen über den Stand des Unternehmens. Darnach können im Frühjahr 1925 die Schleuse Le Redarfalm und Wieblingen in Betrieb genommen werden. Von den verschiedenen Parteien wurde die Zustimmung zu dem Entwurf ausgesprochen, mit Ausnahme der Redner

der Bürgerpartei und des Bauernbundes. Hierauf beschäftigte sich der Ausschuß mit mehreren Eingaben betr. den Neubau von Wohnungen und die Kollage im Baugewerbe. Minister Holz gab dem Ausschuß Mitteilung über eine Reihe von bedeutungsvollen Maßnahmen, die die Regierung in nächster Zeit zur Hebung des Wohnungsbaus treffen will. Es ist vorgezogen, daß von dem dem Lande überwiesenen Mietsteuer 15 Prozent des Ertrages für den Wohnungsbau zurückgestellt wird. Ferner wird die Fortbildung von 20 000 Kubikmeter Bauholz zum Tarpreis abgeben, die Errichtung einer Landeskreditanstalt, welcher die Wohnungsabteilung des Ministeriums des Innern angegliedert werden soll, wird die hypothekarisch gesicherten Gelder und Darlehen an die Bauenden vergeben. Sämtliche Parteien waren im Großen und Ganzen mit den Vorschlägen der Regierung einverstanden.

Kreditbeschaffung für die Landwirtschaft. Der Finanzausschuß des Landtags behandelte die Frage der Kredithilfe für die württ. Landwirtschaft. Staatsrat Rau teilte mit, daß die Stuttgarter Genossenschaftszentralstelle einen Kredit von 5 Millionen Rentenmark von der Preussentasse bekomme, wenn der württ. Staat sich für sie verbürgt. Eine entsprechende Gesetzesvorlage werde dem Landtag sofort zugehen. Von sämtlichen Parteien wurde die Bereitschaft zur Übernahme der Bürgschaft ausgesprochen und die Maßnahme beantragt.

Minister Holz zur Oberamtsaufteilung. Beim Empfang der aus 60 Herren bestehenden Deputation aus dem Oberamt Teinach erklärte Minister Holz: Wir haben die feste Absicht, einen Teil der kleineren Oberämter zu beseitigen. Doch ist damit die Frage noch nicht endgültig gelöst. Die schweren finanziellen Opfer zwingen uns, auf dieser Bahn weiter zu gehen. Sie dienen dazu, die staatlichen Finanzen zu sanieren, der Staat ist gezwungen zu sparen. Die Sparmaßnahmen treffen alle gleichmäßig und auch alle Verwaltungen. Ich gebe zu, daß bei Teinach besondere Verhältnisse vorliegen und ich kann zusage, daß wir diese Frage ernstlich prüfen werden. Bis jetzt sind wir zu keinerlei Ergebnis gekommen. Was bekannt ist, sind nur die Vorschläge des Referenten. Im Ministerium und im Staatsministerium ist noch keine Entscheidung getroffen worden, aber die Frage wird vermutlich im Laufe einer Woche entschieden werden. Man sollte draußen ein klein wenig mehr Verständnis für die finanziellen Schwierigkeiten der Regierung heibringen. Daß sich die Allgemeinheit gegen die Amtsaufhebung stemmt, verstehe ich, aber die Regierung muß sich darüber hinwegsetzen. Also wird doch abgebaut!

Handel und Verkehr.

Amtl. Berliner Tevisentafel vom Freitag, 14. März: (Die Notierungen verstehen sich in Billionen Pap.-Mk.)

	Geld:	Brief:
Amsterdam 100 Gulden	156,61	157,39
Brüssel 100 Franken	15,66	15,74
Christiania 100 Kronen	56,76	57,04
Kopenhagen 100 Kronen	65,44	65,76
Stockholm 100 Kronen	110,71	111,20
Italien 100 Lire	18,06	18,14
London 1 Pfund Sterling	18,055	18,145
New York 1 Dollar	4,19	4,21
Paris 100 Franken	19,25	19,35
Schweiz 100 Franken	72,82	73,18
Spanien 100 Pesetas	54,36	54,64
D.-Oesterreich 100 000 Kr.	6,08	6,12
Prag 100 Kronen	12,21	12,29
Goldanleihe	4,2	
Dollarschäge	85,75	

Basingen, 13. März. Dem Viehmarkt waren 341 Stück Vieh zugeführt. Verkauft wurden: 14 Ochsen und Stiere Preis jährlich 415-430, 80 Kühe 250 bis 280, 95 Kalbinnen 300-550, 37 Wöchner trüchtig 580, 150 Stück Jungvieh 80-220 Mark. Handel schleppend.

Wangen i. A., 13. März. Dem ungemein stark besuchten Pferdemarkt waren 700 Pferde zugeführt. Bezahlt wurde in geringerer Qualität bis zu 1000, in mittlerer bis zu 1500 und in guter bis zu 2500 Mark und darüber.

Öffentlicher Sprechsaal.

(Für Einwendungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die pressgesetzliche Verantwortung.)

Zu dem Eingekandt in Nr. 61 des Blatts. In dem mit „S“ unterzeichneten Eingekandt wird in der gegenwärtig üblichen Schimpfweise an der Tätigkeit des Finanzamts Kritik geübt und darin u. a. behauptet, daß die unverändert aufstretenden Steuerpflichtigen mehr erreichen, als die anständigen Steuerpflichtigen. Diese Unterstellung weist das Finanzamt zugleich für seine Beamten als durchaus unzutreffend zurück und wartet darauf, daß der Artikelschreiber sich persönlich bei dem Finanzamt zum Wort meldet und die Fälle bezeichnet, in denen angeblich die Grobheit über die Bescheidenheit den Sieg davongetragen hat. Zu dem übrigen, was in dem Artikel vorgebracht worden ist, kann nur Selbstverständliches wiederholt werden, nämlich, daß das Finanzamt nicht verpflichtet ist, in der Öffentlichkeit über seine Geschäftsführung, das Verhalten seiner Beamten gegenüber dem Publikum und über die Tätigkeit und Zusammensetzung der Steuerzuschüsse Rechenschaft abzulegen, daß vielmehr jeder einzelne Steuerpflichtige das Recht hat, sich vor dem Amt Gehör zu verschaffen und sich über seine steuerlichen Anliegen und Beschwerden gegenüber dem Amtsvorsteher mündlich auszusprechen und daß das Gleiche auch für Vertreter ganzer Gruppen von Steuerpflichtigen zutrifft. Es wird auf diesem sachlichen Wege für beide Teile mehr gewonnen werden, als durch einseitige Kritik in öffentlichen Blättern.

Finanzamt Altensteig.

Die Reichstagswahlen am 4. Mai.

WTB. Berlin, 14. März. Der Reichspräsident verordnete auf Grund des § 6 des Reichswahlgesetzes, daß die Hauptwahl zum Reichstag am 4. Mai stattfindet. **Ausfuhrverbot von französischem und belgischem Geld aus dem besetzten Gebiet.**

WTB. Koblenz, 15. März. Die Rheinlandkommission beschloß, die Ausfuhr von belgischem und französischem Geld aus dem besetzten Gebiet zu verbieten, außer über die deutsch-französische, deutsch-belgische, deutsch-luxemburgische und deutsch-saarländische Grenze.

Ausgabe der neuen Silbermünzen.

WTB. Berlin, 15. März. Wie die Blätter mitteilen, wird in den nächsten Wochen mit der Ausgabe der neuen Silbermünzen zu 1, 2 und 3 Mark begonnen werden. Während der Goldwert der alten Reichsmarkstücke 40 Pfg. betrug, werden die neuen Markstücke nur einen Wert von 25 Goldpfennig haben.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Raul.

Bei lästigem Husten

raten wir Ihnen, Sagitta-Bonbons zu nehmen. Lösen den Schleim, lindern die Schmerzen. In allen Apotheken erhältlich, stets vorrätig: Apotheke Altensteig, Sagittawerk G.m.b.H., München S.B. 2.

Altensteig-Stadt.

Güterverpachtung

am nächsten Donnerstag, den 20. d. Mts.

- Parz. Nr. 1110 5 a 58 qm Acker in untern Haulersacker (jetzt. Pächter: Karl Wölpert.)
- Parz. Nr. 1179/1 12 a 76 qm Acker in der Höhe n. 1180/3 Dolos (Adam Blach).
- Parz. Nr. 1172 18 a 67 qm Acker daselbst (Ab. Theurer)
- „ „ 1047 14 „ 66 „ Baumgarten in der Hohenber. (Glaserstr. Luz)
- „ „ 1049 4 „ 06 „ Baumgarten daselbst (Chr. Kirgis)
- „ „ 956 23 „ 48 „ „ daselbst (Geon. Stockinger We.)
- Anteil an Parz. Nr. 66 mit 52 „ Gemüsegarten in der Dalberstr. (E. Baumg. u. W.)
- „ „ 66 „ 52 „ Gemüsegarten daselbst (Geon. Stockinger We.)
- Parz. Nr. 1180/2 6 a 88 qm Acker in der Hohenhalde (Wib. Bieker)
- „ „ 1181/1 12 „ 93 „ Acker das. (Fr. M. rllle)
- „ „ 608 3 „ 30 „ Acker im Schloßberg (F. W. B. o. e. l.)
- „ „ 849 60 „ Acker daselbst (Christof. Köller)
- Markung Waldholz
- „ „ 8403 12 a 78 qm Acker im Hochwald (Schwarzacher Holz dort)

Zusammenkunft nachm. 3 Uhr im Rathaus.

Stadtschultheiß.

Stadtgemeinde Wildberg.



Laubholz-Stammholz-Verkauf.

Am Montag, den 17. März 1924 kommen aus den Stadtwaldungen Kengel, Dalsing und Lindhalde zum Verkauf:

- 160 St. Eichen: 2,96 Fm I., 4,37 Fm II., 4,26 Fm III., 1,10 Fm IV., 17,71 Fm V., 7,33 Fm VI. Klasse.
- 3 St. Weißbuchen: 0,31 Fm V., 0,06 Fm VI. Klasse.
- 8 St. Buchen: 0,70 Fm V., 0,51 Fm VI. Klasse.
- 5 St. Birken: 0,52 Fm VI. Klasse.
- 2 St. Erken: 0,19 Fm VI. Klasse.
- 28 St. Buchen: 1,11 Fm IV., 1,13 Fm V., 1,54 Fm VI. Kl.
- 1 St. Weiden: 0,14 Fm V. Klasse.

Ferner

Laubholz-Stangen

- Eichen 8 St. I. und 10 St. II. Klasse.
- Birken 12 St. I. Klasse.
- Buchen 11 St. I. Kl. und 10 St. II. Klasse.
- Aspen 1 St. I. Kl. und 7 St. II. Klasse.

Das Holz ist fast durchweg schöne Ware. Abfuhr günstig. Ansätze sind bis spätestens 14. März bei Postamt Dörmer zu stellen.

Zusammenkunft zum Verkauf vormittags 8 Uhr beim Rathaus.

Stadtschultheiß: nanzl.

Oberamtssparkasse Nagold.

Neue Zinssätze:

- Wir zahlen ab 1. 3. 24 an Zinsen:
 - 1. für Spareinlagen jederzeit verfügbar 8% jährl.
 - 2. für Festanlage auf mind. 1 Monat je nach Betrag und Dauer der Anlage 10% „ und mehr
- und gewährleisten die Wertbeständigkeit sämtlicher Spareinlagen auf Dollargrundlage.

Landw. Bezirksverein Calw.

Schwefelsaurer Ammoniak

ist eingetroffen. Ausgabe Mittwoch und Samstag. Die Geschäftsstelle.

Schulartikel

empfiehlt für Schüler und Gemeinden die

W. Kieker'sche Buchhandlung.



